

Studierende verpassen Erasmus-Start

Der Bundesrat legt den Vorschlag zur Teilnahme am europäischen Austauschprogramm verspätet vor

NZZ, 17.09.2020

LARISSA RHYN, BERN

Über 28 Milliarden Franken hat der Nationalrat am Dienstag für Bildung und Forschung in den nächsten vier Jahren gesprochen. Trotz dem vielen Geld gab nur ein Thema zu reden: der Studierendenaustausch. Er ist zurzeit in einer heiklen Phase. Parallel zur europäischen Forschungszusammenarbeit bei «Horizon» startet auch das Austauschprogramm Erasmus plus 2021 in eine neue Runde. Während das Parlament schon nächste Woche über die Beteiligung der Schweiz an «Horizon» entscheiden wird, hat der Bundesrat zu Erasmus plus noch keine Details vorgelegt.

Mehrere Nationalräte forderten Bildungsminister Guy Parmelin auf, den Prozess zu beschleunigen. Dieser betonte, der Bundesrat werde die Kosten und die Vorteile von Erasmus plus noch diesen Herbst analysieren. Erst danach könnte die Schweiz Verhandlungen mit der EU aufnehmen. Klar ist deshalb einzig, dass Schweizer Studierende Anfang 2021 noch nicht via Erasmus plus an europäischen Universitäten studieren können.

Sonderlösung macht Probleme

Weil die Schweiz derzeit eine Sonderlösung hat – das «Swiss-European Mobility Programme» (Semp) –, sind Austauschsemester trotzdem möglich. Swiss-universities, die Dachorganisation der Schweizer Hochschulen, bezeichnet die derzeitige Vereinbarung jedoch als «Scheinselbstlösung», die viele Probleme mit sich bringe. So müssen Schweizer Universitäten einen weitaus höheren Aufwand betreiben, damit ausländische Studierende in die Schweiz kommen. Bei der Uni Bern heisst es auf Anfrage: «Ein vertraglich geregelter Austausch lässt sich auf die Dauer nur halten, wenn die Mobilität in beide Richtungen geht und ungefähr ausgeglichen ist.» Deshalb sei es wichtig, dass ausländische Studierende von den Angeboten in der Schweiz erfahren würden.

Die Universität Basel hat in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass namhafte Universitäten die Zusammenarbeit nicht erneuern, wenn die Schweiz nicht Teil des europäischen Programms ist. Rechtssicherheit gebe es zudem gegenwärtig nicht, weil die Partneruniversitäten nicht verpflichtet seien, die Verträge mit den Schweizer Unis weiterzuführen.

Dafür ist das Semp deutlich günstiger. Das Wirtschaftsdepartement wagt bereits



Den Erasmus-Stempel benutzen die Austauschbüros der Schweizer Universitäten seit Jahren nicht mehr.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

eine vorsichtige Prognose zu den Kosten einer Vollasoziiierung der Schweiz an Erasmus plus: 1,1 bis 1,4 Milliarden Franken über sieben Jahre könnte dies kosten. Das wäre drei- bis viermal so viel wie heute. Der SVP-Nationalrat Peter Keller fragt: «Warum sollen wir so viel mehr bezahlen, wenn der Austausch heute schon funktioniert?»

Eine Verzögerungstaktik?

FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen sagt, die Schweiz müsse das Preis-Leistungs-Verhältnis von Erasmus gut abwägen: «Bis jetzt ist beispielsweise unklar, ob Grossbritannien beim Programm dabei sein wird – das ist für die Schweiz aber zentral, weil dort die meisten Top-Universitäten sind.» Die grüne Nationalrätin Meret Schneider betont derweil die Bedeutung von Erasmus plus: «Es geht nicht allein um Studierende, sondern auch um Berufsschüler oder Jugendorganisationen.» Sie hätten

mit der Schweizer Sonderlösung deutlich weniger Möglichkeiten.

Das Parlament hat dem Bundesrat vor zwei Jahren den Auftrag erteilt, eine Vollasoziiierung der Schweiz an Erasmus plus auszuhandeln. Seither gab es mehrere Verzögerungen. Bildungsminister Parmelin gibt der EU die Schuld: Bei Erasmus plus 2021–2024 seien entscheidende Faktoren noch unklar, zum Beispiel die definitiven Kosten oder die Bedingungen, unter welchen sich Drittstaaten dem Programm anschliessen könnten. Die Arbeiten des Bundesrats seien deshalb blockiert. Linke und Mitte-Parlamentarier vermuten trotzdem eine Verzögerungstaktik.

SP-Nationalrat Eric Nussbaumer findet das «Zögern» des Bundesrats aus europapolitischer Sicht problematisch. «Klar kann die Schweiz einfach sagen, sie habe mit Semp ja bereits eine Lösung.» Damit würde sie laut Nussbaumer jedoch zum ersten Mal seit dem Start der Studierendenmobilität in Europa Desinteresse an Erasmus demonstrieren.

«Damit setzt sie ein schlechtes Zeichen, auch im Hinblick auf andere Verhandlungen mit der EU.»

Das Parlament zeigt sich auch in der Corona-Krise grosszügig, was Bildung und Forschung angeht. Der Nationalrat hat die Fördergelder für die nächsten vier Jahre in mehreren Punkten erhöht, um rund 53 Millionen Franken. Dabei waren schon im Vorschlag des Bundesrats rund zwei Milliarden Franken mehr vorgesehen als in der letzten Periode. Massiv mehr Geld gibt es künftig für Alternativen zu Tierversuchen, genannt 3R. Dafür hatte sich Schneider eingesetzt. Die grüne Nationalrätin sagt: «International gibt es bereits einen Paradigmenwechsel, weg von der Forschung an Tieren hin zu Alternativen wie Crispr.» Die Schweiz habe die Chance, zum Kompetenzzentrum für Alternativforschung zu werden. Im Parlament dürfte ein politisches Argument den Ausschlag gegeben haben. Wasserfallen sagt: «Es ging uns darum, der Tierversuchsinitiative etwas entgegenzusetzen.»